

Fünf Fraktionen im neuen Landtag Veränderte Kräfteverhältnisse nach der Wahl

Der 16. Bayerische Landtag hat am 20. Oktober seine Arbeit aufgenommen. Statt drei Fraktionen gehören dem Parlament in der neuen Legislaturperiode künftig fünf Fraktionen an.

Die CSU stellt nicht mehr die absolute Mehrheit der Mandate. Sie bildet nun zusammen mit der FDP eine Koalitionsregierung mit Ministerpräsident Horst Seehofer an der Spitze. Neue Landtagspräsidentin ist Barbara Stamm. Ihr stehen künftig fünf Vizepräsidenten zur Seite.

[Lesen Sie mehr ab Seite 3](#)



Vorsitzende der fünf Fraktionen (von links): Thomas Hacker (FDP), Franz Maget (SPD), Georg Schmid (CSU), Margarete Bause (Grüne) und Hubert Aiwanger (Freie Wähler).

Foto: Poss

Themen

Ministerpräsident Horst Seehofer

Vereidigung im Landtag



Seite 11

74 neu gewählte Parlamentarier

Und plötzlich ist man Volksvertreter



Seite 13

Verabschiedung von Alois Glück

„Gemeinsam viel auf den Weg gebracht“



Seite 16

Benefizaktion Sommerempfang

Erlös von 48 000 Euro für „Leben pur“



Seite 17

Liebe Leserin, lieber Leser,



Platon-Büste aus Carrara-Marmor im Treppenhause des Maximilianeums.

Foto: Poss

„Der Beginn ist der wichtigste Teil der Arbeit“, meinte vor 2400 Jahren Platon. Auch im Maximilianeum, wo eine Büste des Philosophen das Treppenhause ziert, ist ein neuer Anfang gemacht: Mit der konstituierenden Sitzung am 20. Oktober wurde die 16. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags eingeläutet.

In den kommenden fünf Jahren werden die 187 Parlamentarierinnen und Parlamentarier über Sachfragen diskutieren und entscheiden, die unmittelbar Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Bayern haben. Vielfach wird es dabei um schwierige und komplexe Themen gehen: „Wir stehen vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam mit großer Kraftanstrengung bewältigen können“, sagte die neu gewählte Präsidentin Barbara Stamm in der konstituierenden Sitzung. Als Beispiele nannte sie die demografischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die Folgen des Klimawandels und die Auswirkungen der

Globalisierung auf die heimische Wirtschaft und die internationalen Finanzmärkte.

Mit der konstituierenden Sitzung, der Wahl der neuen Präsidentin und des Präsidiums und der Regierungsbildung sind die formalen Weichen in der neuen Legislaturperiode gestellt – auch wenn andere wichtige Entscheidungen, wie etwa die Bestellung der Ausschüsse, noch ausstehen. Der Anfang ist gemacht. Anders als im eingangs zitierten Satz von Platon geht damit die Arbeit nun aber erst richtig los!

In dieser Ausgabe von „Maximilianeum-Online“ berichten wir ausführlich über die Strukturen im neuen Fünf-Fraktionen-Parlament. Über hellblaue Web-Links finden Sie jeweils weiterführende und vertiefende Informationen zu den einzelnen Beiträgen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

DIE REDAKTION

Inhalt

Editorial 2

Titelthema

Das neue Fünf-Fraktionen-Parlament	
Premieren am 20. Oktober 2008	3
Statistik: Bunter, weiblicher, jünger	5
Eine Präsidentin und fünf Vizes	6
Porträt der neuen Präsidentin	8
Fraktionen: Köpfe an der Spitze	9
Politische Schwerpunkte bis 2013	10

Aktuelles

Vereidigung der Regierung	11
Wenn aus Bürgern MdLs werden	13
Debatten um die BayernLB	
Zwischenausschuss und Sonderplenum	15

Notizen

Verabschiedung von Alois Glück	
„Gemeinsam viel auf den Weg gebracht“	16
Benefizaktion: Erlös für „Leben pur“	17
Warum Zeitunglesen immer noch bildet	18
Letzte Seite, Impressum	19

Das neue Fünf-Fraktionen-Parlament

20. Oktober: Ein Tag – viele Premierieren

In neuer Zusammensetzung hat der 16. Bayerische Landtag am 20. Oktober mit der konstituierenden Sitzung seine Arbeit aufgenommen.

Vieles war neu am 20. Oktober im bayerischen Parlament: 74 der 77 neu gewählten Landtagsabgeordneten saßen zum ersten Mal auf den roten Stühlen im Plenarsaal – darunter die 21 Mandatsträger der Freien Wähler und die 16 Abgeordnete der FDP, die erstmals bzw. nach 14-jähriger Pause den Einzug ins Maximilianeum geschafft haben. Neu war an diesem Tag auch die Sitzordnung im Parlament mit seinen veränderten Kräfteverhältnissen: Zwischen CSU und SPD, also in der Mitte des Plenarsaals, waren die Vertreter der beiden neuen Fraktionen platziert. Und weil die Minister und Staatssekretäre, die bei laufendem Parlamentsbetrieb vorne an den Regierungsbänken sitzen, am 20. Oktober noch nicht ins Kabinett berufen waren, musste die auf



187 angewachsene Zahl von Volksvertretern vollständig in den Reihen des Plenums Platz finden. Dies war auch der Grund, weshalb extra eine zusätzliche provisorische Sitzreihe im hinteren Bereich des Saales eingerichtet worden war.



Alterspräsidentin Barbara Rütting von Bündnis 90/Die Grünen eröffnete die Sitzung. Der Landtag sei „bunter und vielfältiger“ geworden, stellte die 80-jährige Politikerin fest. Sie freue sich darauf, „wenn wir daraus auch neue Dynamik für unsere gemeinsame Arbeit



Fotos: Poss

schöpfen können“. Die älteste Parlamentarierin in der Bundesrepublik, die an diesem Tag ihre zweite Legislaturperiode begann, riet den neuen Abgeordneten, „dass sie sich nicht nur

[Lesen Sie weiter auf Seite 4](#)

20. Oktober: Ein Tag – viele Premierien



Volles Haus bei der konstituierenden Sitzung: Der zum damaligen Zeitpunkt designierte Ministerpräsident Horst Seehofer und Landtagspräsident a.D. Alois Glück (beide CSU) schauten vom Ehrenbereich der Besuchertribüne zu.

Fotos: Gessner



das Feuer für die eigenen Überzeugungen bewahren, sondern auch Respekt vor den guten Ideen der anderen". Tobias Thalhammer (FDP), der zusammen mit Ludwig Hartmann (Grüne) zum vorläufigen Schriftführer bestellt worden war, verlas in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Abgeordneten, um die Beschlussfähigkeit des Fünf-Parteien-Parlaments festzustellen. Diskutiert und abgestimmt wurde zunächst über Änderungen der Geschäftsordnung, wobei das bisherige Zählverfahren nach *d'Hondt* durch ein neues Berechnungssystem nach *Sainte-Laguë/Schepers* abgelöst wurde. Unter der Sitzungsleitung der Alterspräsi-

den erfolgte dann die Wahl des neuen Landtagspräsidenten. Die CSU als größte Fraktion im Parlament hatte für dieses Amt Barbara Stamm nominiert – ein Vorschlag, dem 164 der 187 Abgeordneten folgten.

Fraktionsübergreifendes Vertrauen für Barbara Stamm

Bewegt vom großen fraktionsübergreifenden Vertrauen kündigte die frisch gewählte Präsidentin an, ihr „Amt nicht unpolitisch, aber überparteilich und gerecht ausüben“ zu wollen. Die Unterfränkin, die bereits in der vorausgegangenen Legislaturperiode als

Landtagsvizepräsidentin amtiert hatte, wurde als erste Frau an die Spitze des Parlaments gewählt – auch das in der Landesgeschichte eine Premiere. Neu ist auch die Anzahl der Vizepräsidenten: Sie wurde von zwei auf fünf erhöht, so dass künftig jede Fraktion jeweils einen Vizepräsidenten stellt (*siehe Seite 6*).

In ihrer Antrittsrede appellierte die Landtagspräsidentin an die Abgeordneten, den Bürgern wieder mehr zuzuhören. Die Menschen müssten überzeugt werden, dass es im Parlament um ihre Anliegen und ihre Fragen geht. Barbara Stamm: „Profilierung und inhaltliche



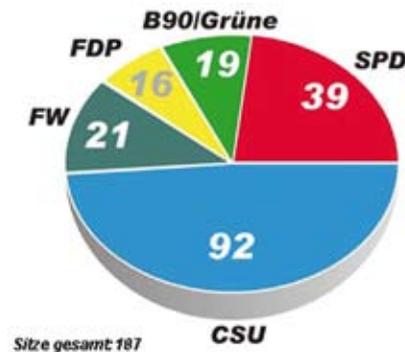
Unmittelbar nach der Wahl: Stehender Beifall für die neue Präsidentin Barbara Stamm Foto: dpa

Abgrenzung sind notwendig; auch offener und fairer Streit in der Sache. Aber wenn der Eindruck entsteht, dass es uns nur um des Streites willen geht, wenden sich die Bürgerinnen und Bürger enttäuscht und resigniert von der Politik ab.“ Stamm unterstrich das Gemeinsame, das alle bayerischen Abgeordneten über jegliche Fraktionsgrenzen hinweg miteinander verbindet: „Wir alle tragen bewusst Verantwortung für unser Land.“ Eine konstruktive Zusammenarbeit sei notwendig, denn es gelte Herausforderungen zu meistern, die letztlich nur gemeinsam mit großer Kraftanstrengung bewältigt werden könnten.  /kh

Das neue Fünf-Fraktionen-Parlament

Bunter, weiblicher und ein bisschen jünger

Der Bayerische Landtag ist erstmals seit 1958 wieder ein Fünf-Parteien-Parlament. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten erhöhte sich von 26,7 Prozent auf 31 Prozent. Das Durchschnittsalter der Mandatsträger sank um 0,6 Prozent auf rund 51 Jahre.



Die Kräfteverhältnisse im neuen Parlament haben sich verschoben. So hat die CSU ihre absolute Mehrheit, die sie seit 1962 und damit seit 46 Jahren inne hatte, verloren. Sie stellt künftig nur noch 92 Abgeordnete (2003: 124). Die SPD kommt auf 39 Mandate (2003: 41) und Bündnis 90/Die Grünen auf 19 (2003: 15). Die Freien Wähler sind mit 21, die FDP mit 16 Abgeordneten neu in den Landtag eingezogen. In Prozent ausgedrückt bedeutet dies, dass die CSU bei einem Gesamtstimmenanteil von 43,4 Prozent insgesamt 17,3 Prozentpunkte verloren hat. Die SPD büßte einen Prozentpunkt ein und kam mit einem Stimmenanteil von 18,6 Prozent auf ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946. Die Grünen konnten sich um 1,7 auf 9,4

Prozentpunkte verbessern. Die Freien Wähler und die FDP schafften mit 10,2 Prozent bzw. 8 Prozent jeweils den Sprung ins Parlament.

Für die Freien Wähler ist dies überhaupt die Premiere im bayerischen Landesparlament. Sie hatten 1998 erstmals für den Landtag kandidiert, waren damals aber wie auch bei den Landtagswahlen im Herbst 2003, als sie einen Stimmenanteil von 4 Prozent erreichten, an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Demgegenüber war die FDP seit 1946 in neun Wahlperioden im bayerischen Parlament vertreten, bis ihr nach 14-jähriger Pause in diesem Herbst wieder der Einzug in den Landtag gelang.

Auch im 16. Bayerischen Landtag bleiben die Frauen in der Minderheit. Ihr Anteil erhöhte sich allerdings von 26,7 Prozent auf 31 Prozent. Während bei den Grünen 52,6 Prozent der Abgeordneten weiblich sind, sind es bei der CSU nur 20,7 Prozent. Die CSU-Fraktion verfügt damit über die niedrigste Frauenquote im Landtag – es folgen die Freien Wähler

mit 28,6 Prozent, die FDP mit 31,3 Prozent und die SPD mit 46,2 Prozent. Altersmäßig hat sich das Parlament etwas verjüngt: Das Durchschnittsalter ist gegenüber Herbst 2003 um 0,6 Prozent gesunken und liegt nun bei 50,7 Jahren.

Älteste Abgeordnete des Bayerischen Landtags und zugleich älteste Parlamentarierin in Deutschland ist die 80-jährige Barbara Rütting (Grüne), die bei der Eröffnung der kons-

tituierenden Sitzung (wie schon 2003) Alterspräsidentin war. Zweit- und drittälteste Abgeordnete sind Vizepräsident Peter Paul Gantzer (SPD) und Bernd Kränzle (CSU). Die drei jüngsten Parlamentarier sind der 29-jährige Tobias Thalhammer (FDP), Ludwig Hartmann (Grüne) und Tanja Schweiger (FW) – beide 30 Jahre alt. [MEHR](#) /kh



Frauen im Bayerischen Landtag nach wie vor in der Minderheit: Das Foto zeigt weibliche Abgeordnete der 7. Legislaturperiode (1970 bis 1974). Damals lag ihr Anteil bei 7,8 Prozent. Heute liegt der Frauenanteil bei 31 Prozent.
Foto: Archiv Landtagsamt

Das neue Fünf-Fraktionen-Parlament

Eine Präsidentin und fünf Stellvertreter

Nicht mehr zwei, sondern fünf Vizepräsidenten hat der Landtag künftig – ein Vize pro Fraktion.

In der vergangenen Legislaturperiode verfügte der Landtag über einen Präsidenten und zwei Vize-Präsidenten, die jeweils die größten Fraktionen stellten – also CSU und SPD. Wäre es nach der CSU gegangen, hätte diese Regelung auch für die neue Periode Bestand gehabt.

In der konstituierenden Sitzung räumte der CSU-Fraktionsvize Thomas Kreuzer unumwunden ein: „Ich mache aus der Meinung der CSU keinen Hehl, dass es genügt hätte, mit einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten weiterzumachen.“ Man akzeptiere aber den Wunsch der kleinen Parteien, künftig auch im Präsidium vertreten zu sein.

Weil dem neuen Landtag fünf Fraktionen angehören, gibt es nun fünf Vizepräsidenten: [Reinhold Bocklet \(CSU\)](#), [Peter Paul Gantzer \(SPD\)](#), [Peter Meyer \(Freie Wähler\)](#), [Christine Stahl \(Grüne\)](#) und [Jörg Rohde \(FDP\)](#).



Nach der Wahl (v.l.): Vizepräsident Jörg Rohde (FDP), Vizepräsidentin Christine Stahl (Grüne), Präsidentin Barbara Stamm (CSU), Vizepräsident Peter Meyer (Freie Wähler), Vizepräsident Reinhold Bocklet (CSU), Vizepräsident Peter Paul Gantzer.

Foto: Poss

Über die zahlenmäßige Erweiterung herrschte in der konstituierenden Sitzung des Landtags Einigkeit.

Schwarz-gelb-grüner Antrag

Dissens gab es über die Wertigkeit der fünf Posten sowie zur Reihenfolge beim Zugriff der Fraktionen auf die Vize-Ämter: In einem fraktionsübergreifenden Antrag von CSU, FDP und Grünen, der letztlich auch angenommen wurde, wurde jeder Fraktion ein Vizepräsident zugebilligt. Gemäß diesem Antrag übernehmen der Dritte bis Fünfte Vizepräsident gleichzeitig die Funktion eines Schriftführers.

Der schwarz-gelb-grüne Antrag hatte außerdem zur Folge, dass die CSU als größte Fraktion im Landtag den Posten des Ersten Vizepräsidenten für sich beanspruchen konnte, weil die Wahl der Vizepräsidenten unabhängig vom Zugriff auf den Präsidentenposten (dieser Posten steht der CSU als der größten Fraktion zu) erfolgte. Die Posten der weiteren Vizepräsidenten gingen an die übrigen Fraktionen gemäß ihrer Stärke – also SPD (Zweiter), Freie Wähler (Dritter), Grüne (Vierter) und FDP (Fünfter).

[Lesen Sie weiter auf Seite 7](#)

Eine Präsidentin und fünf Stellvertreter

SPD kündigt verfassungsrechtliche Überprüfung des Verfahrens an

Demgegenüber wollte die SPD das Präsidium als Einheit sehen, was ihr als der größten Oppositionspartei den Zugriff auf den Ersten Vizepräsidenten erlaubt hätte. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Harald Güller hält das von CSU, FDP und Grünen durchgesetzte Verfahren für rechtlich nicht zulässig und kündigte eine Verfassungsklage an.

Einig war man sich parteiübergreifend, dass die fünf Vizes den Steuerzahler möglichst nicht mehr kosten sollen als die bisherigen zwei. Bislang erhielt der Präsident eine doppelte Abgeordnetendiät, die Vizes eine 1,5-fache. Außerdem standen allen dreien eigene Büros und Sekretariate sowie Dienstwagen samt Chauffeur zu. Die Einzelheiten für die Zukunft sind noch nicht geklärt.

Bei den Vize-Wahlen verdarb der Streit um die Formalien dem CSU-Kandidaten [Reinhold Bocklet](#) ein besseres Ergebnis. Nur 132 der 187 Abgeordneten stimmten für ihn, die SPD votierte geschlossen mit Nein. Nicht weil sie gegen den 65-jährigen Juristen und Politologen aus Gröbenzell als Person gewesen wäre, wie Güller betonte, sondern wegen ihrer verfassungsrechtlichen Bedenken. Bocklet ist ein erfahrener Parlamentarier. Seit 1994 sitzt er im



Landtag, er war in dieser Zeit jeweils fünf Jahre Agrar- und Europaminister. Von 1979 bis 1993 gehörte er dem Europaparlament an, er ist Verfasser zahlreicher staatstheoretischer Schriften.

Mit 128 von 185 abgegebenen Stimmen wurde [Peter Paul Gantzer](#) zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt. Der bald 70-jährige Jurist aus Haar bei München, der sich zuletzt vor allem um die Belange der älteren Generation in der Gesellschaft gekümmert hat, geht in diesem Amt in seine zweite Legislaturperiode. Dem Landtag gehört er seit 1978 an,

wo er sich als Innenpolitiker profilierte. Eine Leidenschaft des Oberst der Reserve gilt dem Fallschirmspringen. In dieser Disziplin war er mehrfach Mitglied von Weltrekordteams. Neu in Landtag und Präsidium vertritt der 45-jährige [Peter Meyer](#) aus Hummeltal bei Bayreuth die Freien Wähler. Er erhielt 110 von 186 Stimmen. Der Verwaltungsjurist leitete zuletzt das Sachgebiet Jugend und Soziales bei der Regierung von Oberfranken. Zuvor war er als Richter und Staatsanwalt tätig.

Vom Bundestag ins Maximilianeum und gleich Vizepräsident

Die Grünen schickten mit der 51-jährigen Juristin und Sozialpädagogin [Christine Stahl](#) aus Nürnberg eine ihrer erfahrensten Kräfte ins Rennen um den Posten des Vierten Vizepräsidenten. 103 von 185 Stimmen entfielen auf die sozial- und rechtspolitisch profilierte Fränkin. Seit 1998 ist sie Landtagsabgeordnete, von 2000 bis 2003 leitete sie die Fraktion. Als Jüngster in der Riege der Vizepräsidenten wurde der 42-jährige [Jörg Rohde](#) mit 131 von 185 abgegebenen Stimmen gewählt. Der aus dem niederrheinischen Korschenbroich stammende Diplom-Informatiker wechselte vom Bundestag, dem er seit 2005 angehörte, ins Maximilianeum. Zuvor war er bei Siemens in Erlangen beschäftigt, wo er als gewerkschaftsunabhängiger Betriebsrat fungierte. /jum

Ausgleichs- und Überhangmandate

187 statt 180 Landtagsabgeordnete

„Der Landtag besteht aus 180 Abgeordneten des bayerischen Volkes“, schreibt die Verfassung. Wenn „Überhang- und Ausgleichsmandate“ anfallen, können es aber auch mehr werden.

In der neuen Legislaturperiode erhöhte sich ihre Zahl wegen vier Überhang- und drei Ausgleichsmandaten auf 187. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Wahlkreis mehr Direktmandate erringt, als ihr nach der Gesamtsitzberechnung (Summe aus Direkt- und Listenmandaten) zustehen. Direktmandate können einer Partei nicht mehr genommen werden. Damit sich das Wahlergebnis aber weiterhin proportional im betroffenen Wahlkreis widerspiegelt, werden „Ausgleichsmandate“ fällig. Deren Berechnung erfolgt nach dem Hare-Niemeyer-Zählverfahren.

Bei den jüngsten Landtagswahlen errang die CSU drei Überhangmandate in Oberbayern. Sie wurden durch zwei Ausgleichsmandate für die SPD und eines für die Grünen ausbalanciert. Auch in der Oberpfalz errang die CSU ein Überhangmandat. Ausgleichsmandate fielen hier aber nicht an.

MEHR /kh

Die neue Präsidentin: „Das Parlament wird lebendiger“

Der Bayerische Landtag hat zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Präsidentin: Mit großer Mehrheit wählten die Abgeordneten die CSU-Politikerin Barbara Stamm an ihre Spitze. Lange eingewöhnen muss sich die bisherige Erste Vizepräsidentin nicht.

„Und so einen Widerspruchsgeist wie mich wollen Sie im Kabinett haben?“, fragte Barbara Stamm Ministerpräsident Franz Josef Strauß, als der sie 1987 zur Staatssekretärin im Sozialministerium berief. Dass Strauß Widerspruch weit mehr schätzte als Ja-Sager, das hätten viele seiner Wegbegleiter oft nicht verstanden, sagt Stamm heute.

Gerade hat sie ihr neues Amtszimmer bezogen und ist noch dabei, die Bücherwand zu füllen und die vielen Erinnerungsstücke ihres langen politischen Lebens in dem weitläufigen Raum zu verteilen. Das Mobiliar, das ihr Amtsvorgänger Alois Glück ausgesucht hat, übernimmt sie unverändert. „Außer den dunklen Vorhängen“, sagt Stamm; sie bringt die hellen aus ihrem alten Büro mit. Die neue *Präsidentin*



Stamm in den 1980er Jahren mit ihrem Mentor Strauß und bei ihrer Antrittsrede. Fotos: Landtagsamt, Poss

ist ausgebildete Erzieherin. Bis 1970 war sie hauptamtlich in der Jugendarbeit der Diözese Würzburg tätig. Sie hat selbst drei Kinder. Ihre Tochter Claudia, Mitglied der Grünen, hat gerade ebenfalls für den Landtag kandidiert, vergeblich jedoch. „70 Stimmen haben ihr gefehlt, das weckt natürlich den Mutterinstinkt, und da leidet man mit“, sagt Stamm.

Ihre eigene politische Karriere ist mit gewichtigen politischen Ämtern gespickt: 1972 bis 1987 saß sie im Würzburger Stadtrat, seit 1976 ohne Unterbrechung im Bayerischen Landtag. 1987 war Stamm als bayerische Sozialstaatssekretärin bei den Beratungen



zur Gesundheitsreform von Nobert Blüm mit dabei. 1994 wurde ihre Kompetenz mit dem Ministeramt gewürdigt, das sie bis 2001 behielt. Infolge der BSE-Krise trat sie zurück, auf Drängen des damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Dass der Rücktritt gerechtfertigt war, bezweifeln heute viele, denn sie hatte sich nichts zuschulden kommen lassen. „So schnell wirft mich nichts um“, sagt Stamm. Sie nutzte den plötzlichen Freiraum für ihr verstärktes soziales Engagement und wurde im Herbst 2001 Vorsitzende der Lebenshilfe in Bayern, einer Vereinigung zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung. Über 130 000 Kilometer fuhr sie seitdem im

Jahr durchs Land – mehr als mancher Minister. Und daran wird sich wohl kaum etwas ändern, denn die gerade an der Basis beliebte Stamm schlägt ungerne etwas aus, wenn sie sich gebraucht fühlt.

„Für den Strauß die Mariae Heimsuchung, für die Menschen die Maria Hilf!“

Fragt man Barbara Stamm nach einem politischen Vorbild, nennt sie die langjährige Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordnete Maria Probst (CSU). Die 1967 verstorbene erste Frau im Amt eines Bundestagsvizepräsidenten „war für den Franz Josef Strauß die Mariae Heimsuchung und für die Menschen im Land die Maria Hilf“, lacht Stamm.

2003 wählte der Landtag die heute 63-jährige zur Ersten Vizepräsidentin. Seit dem 20. Oktober ist die Frau, die als soziales Gewissen ihrer Partei gilt, von Regionalproporz wenig hält und leidenschaftlich gern schafkopft, die Präsidentin der bayerischen Volksvertretung – und damit die laut Protokoll höchste Repräsentantin des Freistaats. Freut sie sich, dass im Parlament jetzt zwei Fraktionen mehr vertreten sind? „Das Parlament wird lebendiger“, sagt Stamm diplomatisch. Und sie wirkt keinesfalls unzufrieden, künftig am Präsidiumstisch im Plenum einem bunteren Abgeordnetenreigen gegenüberzusitzen. */Jan Dermietzel*

Das neue Fünf-Fraktionen-Parlament

Köpfe an der Spitze

Die Vorsitzenden der neuen Fraktionen im Bayerischen Landtag



Georg Schmid (CSU)

Seine politische Karriere startete er als Vorsitzender der Jungen Union in Donauwörth 1982. 1990 wurde der Jurist erstmals in den Landtag gewählt. Nach der Mitgliedschaft in mehreren Ausschüssen (u.a. Kommunalausschuss) wurde er neun Jahre später, 1999, Staatssekretär im Sozialministerium. 2003 wechselte Schmid ebenfalls als Staatssekretär ins Innenministerium. Im Oktober 2007 löste der 55-jährige Joachim Herrmann als CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag ab.
Lebensmotto: „Wort und Tat müssen übereinstimmen.“



Franz Maget (SPD)

Der 55-jährige Spitzenkandidat der Sozialdemokraten eroberte bei den Landtagswahlen das einzige Direktmandat für seine Partei im Münchner Stimmkreis Milbertshofen. Der Sozialwissenschaftler arbeitete von 1982 bis 1990 als Bildungsreferent des DGB in der Münchner Zentrale des Gewerkschaftsbunds. Während seines Studiums an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zählte er zu den Stipendiaten der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung.
Lebensmotto: „Leben und leben lassen.“



Hubert Aiwanger (FW)

Sein Ziel, mit den Freien Wählern (FW) in den Landtag einzuziehen, hat er erreicht. Seit 2006 ist der Niederbayer bayerischer FW-Vorsitzender. Zudem hat er die Ämter des Stadtrats in Rottenburg/Laab und des Kreisrats im Landshuter Kreistag inne. Der 37-Jährige absolvierte ein Studium zum Diplomingenieur (FH) der Landwirtschaft und war Bezirksvorsitzender des Altstipendiatenclubs der Hanns-Seidel-Stiftung.
Lebensmotto: „Man soll sich nicht am Sterbebett vorwerfen lassen müssen, zu wenig für seine Mitbürger getan zu haben.“



Margarete Bause und Sepp Daxenberger (Grüne)

Aus der Waginger Kommunalpolitik meldet sich der Biolandwirt zurück in den Landtag, dem er bereits 1990 bis 1996 angehörte. Er führt die Fraktion gemeinsam mit der Diplomsoziologin Margarete Bause, die darin schon länger als eine Legislaturperiode Routine hat.
Motto Bause: „Politik mit Lebenslust.“
Motto Daxenberger: „Politik muss nicht nur die Köpfe der Menschen erreichen, sondern auch die Herzen der Menschen. Ich liebe das Land und die Menschen, darum möchte ich in der Politik was verändern.“



Thomas Hacker (FDP)

Wirtschafts- und Finanzpolitik sind die Steckenpferde von Thomas Hacker. Der Steuerberater ist seit 1997 Kreisvorsitzender der FDP Bayreuth, seit 2006 hat er den Bezirksvorsitz der FDP Oberfranken. Ein besonderes Anliegen des 41-Jährigen sind die Zukunftsaussichten von Kindern und Jugendlichen. So zählt er zu den Gründungsmitgliedern des Treff e.V., eines Vereins für Kinder- und Jugendbetreuung in der Bayreuther Altstadt.
Lebensmotto: „Nicht jammern über die Zustände, sondern anpacken, damit wir sie ändern!“

Fotos: ddp (4), Grüne-Fraktion (1)

Das neue Fünf-Fraktionen-Parlament

Die politischen Schwerpunkte 2008 bis 2013

STANDPUNKTE DER FRAKTIONEN: Was muss in den kommenden fünf Jahren in Bayern geschehen?



CSU-Fraktion: „Die Botschaft der Wähler ist in der CSU angekommen. Aber trotz aller Selbstkritik und Nachdenklichkeit haben wir den klaren Regierungsauftrag bekommen. Niemand will einen radikalen Richtungswechsel. Die Menschen in Bayern profitieren von der hohen Wirtschaftskraft, der guten Beschäftigungslage, dem sozialen Zusammenhalt und der niedrigsten Staatsverschuldung. Kinder, Bildung, Arbeit und eine gesunde Umwelt waren im Wahlkampf die Prioritäten der CSU. Das sind auch die Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre. Gerade die Signale am Horizont der Weltwirtschaft sind für uns Anlass, alles für die Arbeitsplätze in Bayern zu tun. Denn der alte CSU-Grundsatz gilt nach wie vor: ‚Sozial ist, was Arbeit schafft.‘“ [➔ MEHR](#)



SPD-Fraktion: „Bayern muss erfolgreich bleiben und sozial gerechter werden. Deshalb brauchen wir ehrgeizige Investitionen in Bildungseinrichtungen. Mehr Kinder müssen bessere Abschlüsse erreichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir brauchen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch kostenfreie und hochwertige Kinderbetreuung. Arbeitende Menschen müssen wieder fair behandelt werden, z.B. durch gesetzliche Mindestlöhne. Die kommunale Verantwortung muss gestärkt werden, v.a. finanziell. Wirtschaftspolitik muss alle Regionen Bayerns gleichermaßen im Auge haben. Daraus ergibt sich für die SPD: Ökonomie im Sinne der Menschen, gerechte Bildungschancen, erfolgreiche Kommunen.“ [➔ MEHR](#)



Freie-Wähler-Fraktion: „Wichtig ist den FW eine politische Kultur des parteiübergreifenden Handelns zum Wohle Bayerns. Anträge dürfen nicht grundsätzlich von der ‚Gegenseite‘ abgelehnt werden. Die Meinung der Bürger muss für die Landespolitik wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Inhaltlich ist eine Verbesserung der Bildungssituation vordringlich (kleinere Klassen, mehr Lehrer, Sicherung von Schulstandorten), Stärkung des ländlichen Raums und des Mittelstands, wohnortnahe Gesundheitsversorgung, Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft, mehr Handlungsspielraum für die Kommunen, erneuerbare Energien, leistungsfähiger öffentlicher Dienst, Familienpolitik.“ [➔ MEHR](#)



Grüne-Fraktion: „Bayern steht vor großen Herausforderungen: Die Erderwärmung mit ihren ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen setzt den Klimaschutz ganz oben auf die Agenda. Ebenso brauchen wir ein Bildungssystem, das unsere Kinder fit für die Wissensgesellschaft der Zukunft macht. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag gibt darauf nur dürftige Antworten. Wir sehen es daher als Aufgabe der Grünen an, die Regierung mit unseren Konzepten anzutreiben. Wir werden zeigen, wie konsequenter Klimaschutz aussieht, wie unsere Schulen gerechter und leistungsfähiger werden und wie wir eine Gesellschaftspolitik gestalten können, die Freiheit und soziale Sicherheit gleichermaßen im Blick hat.“ [➔ MEHR](#)



FDP-Fraktion: „Den Schwerpunkt für die nächsten fünf Jahre bildet das Wiedergewinnen des Vertrauens der Bürger. Nach der Landtagswahl wurde von der damaligen Staatsregierung viel Porzellan zerschlagen: Das achtjährige Gymnasium oder auch die mangelhafte Gesetzgebung beim Versammlungsgesetz, der Online-Durchsuchung oder dem Rauchverbot sind nur wenige Beispiele. Die FDP hat für einen Neuanfang in der Landespolitik gekämpft und wird jetzt, nachdem durch die erste Koalition seit 1962 die Chance dafür da ist, hart für diesen Neubeginn arbeiten. Manches wird länger dauern, aber die Liberalen werden Schwung und Bürgernähe als Motor und Korrektiv einbringen.“ [➔ MEHR](#)

Horst Seehofer als Ministerpräsident vereidigt

Mit CSU- und FDP-Stimmen wählt der Landtag den zehnten Regierungschef seit 1945

Horst Seehofer (CSU) wurde vom bayerischen Landtag zum neuen Ministerpräsidenten des Freistaats gewählt. Der Ingolstädter bezeichnete seine Ernennung als „politischen Höhepunkt meiner Laufbahn“. Seehofer ist seit 40 Jahren Mitglied der CSU, für die er 28 Jahre im Bundestag saß.



Auf Vorschlag der CSU-Fraktion, dem sich die FDP-Fraktion anschloss, wurde Horst Seehofer am 27. Oktober im Plenum zum neuen Bayerischen Ministerpräsidenten gewählt und vereidigt. Foto: ddp

104 Abgeordnete votierten für Seehofer, gegen ihn stimmten 71, sieben enthielten sich. Zwei der insgesamt 184 abgegebenen Stimmen waren ungültig, drei der 187 Abgeordneten kamen nicht zur Wahl. Vereidigt wurde Seehofer von Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU). Nach 46 Jahren ist Seehofer der

erste bayerische Ministerpräsident, der mit einer Koalition regieren wird. Seehofer garantierte der Opposition für die kommende Legislaturperiode einen fairen Umgang zu, bei dem

„der Wettstreit mit Argumenten und nicht die persönliche Herabsetzung“ im Vordergrund stehen solle. Die Opposition meldete Kritik an: Weil Seehofer über kein Landtagsmandat

verfügt, könne er in der kommenden Legislaturperiode an keiner Abstimmung im Plenum teilnehmen, erklärte SPD-Fraktionschef Franz Maget. Vor diesem Hintergrund bezeichnete er Seehofers Wahl als „legal, aber nicht hinreichend legitimiert“.

Oppositionsfraktionen stimmen mit Nein
Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender der Grünen, regte zum wiederholten Mal an, dass Ministerpräsidenten vom Volk gewählt werden sollten. Außerdem erinnerte er an rasche Amtswechsel in der Vergangenheit: „Immer wenn der Ministerpräsident nicht so funktioniert hat, wie er sollte, ist er durch die Dachluke entsorgt worden“, sagte Aiwanger. Sepp Daxenberger drückte ebenfalls seine Verwunderung über die Nominierung Seehofers aus: „Früher habt ihr Knoblauchzehen aus dem Maximilianeum gehängt, wenn Horst Seehofer nur in der Nähe war“, sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende. Bis vor kurzem habe die CSU-Landtagsfraktion Seehofer feindselig gegenübergestanden. Koalitionspartner und FDP-Fraktionsvorsitzender Martin Zeil ist vom Erfolg der Koalition unter Seehofer überzeugt und sicherte ihm die geschlossene Unterstützung seiner Fraktion zu. [MEHR](#) /aki

Das schwarz-gelbe Kabinett Seehofers



Horst Seehofers Ministerriege ist so breit aufgestellt, dass der Fotograf zum Fischauge greifen musste (von rechts): Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), Vize-Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister Siegfried Schneider (CSU), Europaministerin Emilia Müller (CSU), Innenminister Joachim Herrmann (CSU), Justizministerin Beate Merk (CSU), Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP), Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU), Finanzminister Georg Fahrenschoen (CSU), Umweltminister Markus Söder (CSU), Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU), Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU), Innenstaatssekretär Bernd Weiß (CSU), Kultusstaatssekretär Marcel Huber (CSU), Finanzstaatssekretär Franz Pschierer (CSU), Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel (FDP), Umweltstaatssekretärin Melanie Huml (CSU) und Sozialstaatssekretär Markus Sackmann (CSU). [➔ MEHR](#)

Foto: dpa



Der Koalitionsvertrag ist unterzeichnet. Foto: dpa

Erst nachdem der Landtag den von Ministerpräsident Seehofer referierten neuen Ressortzuschnitt mit den Stimmen von CSU und FDP bestätigt hatte, konnten die Kabinettsmitglieder im Plenum vereidigt werden. In der vorherigen Aussprache zeigten sich die Oppositionsparteien wenig begeistert von Seehofers Entscheidungen. Es sei „halt doch alles beim Alten geblieben“, kritisierte Johanna Werner-

Muggendorfer (SPD). Hubert Aiwanger (Freie Wähler) hätte es gerne gesehen, wenn die Staatskanzlei künftig für den ländlichen Raum zuständig gewesen wäre. Dass nun das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hier künftig in der Verantwortung sei, bereite ihm „leichtes Bauchweh“. Ulrike Gote (Grüne) prognostizierte der neuen Staatsregierung, sie werde beim Klimaschutz, Bildung und Personalent-

wicklung „Probleme bekommen“. Thomas Hacker (FDP) verwahrte sich gegen den Vorwurf, die Liberalen verständen nichts vom ländlichen Raum: „Das war ein Themenschwerpunkt unseres Wahlkampfes.“ Georg Schmid (CSU) bezeichnete es als Signal an Bäuerinnen und Bauern, dass das Landwirtschaftsministerium wieder den Titel „Ernährung“ trage. Das Ressort bekomme so besonderen Stellenwert. /der

Wenn aus dem Bürger ein Parlamentarier wird

74 neue Abgeordnete lernen in diesen Tagen das Parlament von innen kennen

Konstituierende Sitzung, Wahl des Ministerpräsidenten, Verabschiedung des Kabinetts – in der Anfangszeit des neuen Landtags lässt der Parlamentsalltag noch auf sich warten. Für die neuen Abgeordneten Gelegenheit, sich zu orientieren.

Natürlich hatte sich **Albert Füracker** seinen Start im Landtag ein klein wenig anders vorgestellt. Die eigenen Vorstellungen eins zu eins umzusetzen, das wird für die CSU-Fraktion in einer Koalition nicht leicht, weiß der 40-jährige Landwirt aus der Oberpfalz. Auch wenn er selbst nicht an den Verhandlungen mit der FDP teilnahm, so hat der Start im Maximilianeum genügend Nervenkitzel zu bieten.

Als Neuling hat er viele Fragen. Zum Beispiel, woher man ein Zimmer bekommt, um in Ruhe ein Gespräch führen zu können. Ein eigenes Büro hat Füracker wie die meisten anderen Abgeordneten noch nicht, er hofft aber auf eines der „Wohnbüros“ in Landtagsnähe.

Ob die 250 Kilometer Wegstrecke in die Heimat ihn schon dafür qualifizieren, weiß er jedoch nicht. Die Landwirtschaft in Lupburg-Degerndorf hat Füracker zwar zurückgelassen, als stellvertretender Landrat und zweiter Bürgermeister will er jedoch weiterhin Präsenz zeigen. Hierin sieht der vierfache Vater, der auf die Mitgliedschaft im Landwirtschaftsausschuss hofft, den Prüfstein für seine neue Tätigkeit: Nach fast 20 Jahren in der Kommunalpolitik gehört er jetzt zu denen, die „da oben in München“ für den Freistaat Entscheidungen treffen.

Brigitte Meyer kann es noch immer kaum fassen. Dass die FDP in den Landtag einziehen



Albert Füracker (CSU)



Brigitte Meyer (FDP)



Foto: dpa

würde, sei ihr zwar im Lauf des Wahlkampfes klar geworden. Aber dass sie sofort in Regierungsverantwortung kommen würde... Kein Wunder, dass Meyer die vergangenen Tage als „besonders turbulent“ beschreibt.

Ereignisreiche Tage für Landtagsnovizen: Eine Sitzung folgt der anderen

Die erfahrene Politikerin, die zwölf Jahre lang Erste Bürgermeisterin der schwäbischen Gemeinde Merching war, musste sich nicht nur im Gewirr der Gänge zurechtfinden, die Geschäftsordnung studieren und die neuen Kollegen kennenlernen.

Eine Sitzung folgte der anderen, das Koalitionspapier hatte oberste Priorität. Zum Glück gab es Unterstützung von FDPlern aus dem Bundestag und aus anderen Länderparlamenten: „Ich habe die FDP noch nie so geschlossen erlebt.“

„Ich bin froh, dass ich den Job nicht machen muss“, hat ein ehemaliger Klassenkamerad **Sabine Dittmar** ins Online-Gästebuch geschrieben. Die frisch gewählte SPD-Abgeordnete aus dem unterfränkischen Maßbach lacht – und ist anderer Meinung: „Bisher macht mir

Wenn aus dem Bürger ein Parlamentarier wird

das Ganze sehr viel Spaß", sagt Dittmar. Natürlich müsse sie sich erst noch hineinfinden in die neue Rolle. Dass es in der Landespolitik doch anders zugeht als im Kommunalen, dem sie auch nach 18 Jahren noch „mit Herzblut“

praktische Ärztin kennt sie die Probleme der Pflege aus der Praxis. Und damit das Ohr auch am Patienten bleibt, wird sie in der Gemeinschaftspraxis mit ihrem Mann weiterhin eine Sprechstunde anbieten.

Lektüre der Geschäftsordnung und positiver Eindruck von der Praxis der Zwischenfragen

verbunden ist und auch bleiben will, hat sie schnell gemerkt. Spätestens bei der Lektüre der Geschäftsordnung: „Das mit der Redezeit wird ja schon sehr streng gehandhabt“, hat die 44-jährige Medizinerin festgestellt. Vom Parlamentarischen Geschäftsführer Harald Güller wurden die Neulinge mit den wichtigsten Punkten vertraut gemacht, „auf die speziellen Tipps und Tricks muss man wohl eh selber kommen“, meint Dittmar. Engagieren würde sie sich gern im Sozialausschuss: Als



Sabine Dittmar (SPD)

Einen Weg zurück in den ursprünglichen Beruf gibt es auch für **Thorsten Glauber** (Freie Wähler). Der 37-jährige Architekt aus Oberfranken überlässt sein Büro vorläufig dem Kollegen, um sich voll auf die parlamentarische Arbeit konzentrieren zu können. Dass er jederzeit zurückkehren könnte, ist ihm jedoch wichtig. Nicht nur, weil er seinen Beruf liebt, sondern auch, weil er der Ansicht ist, Politiker sollten nicht am Sessel kleben.

Von Kleben kann freilich bislang keine Rede sein, denn noch befindet sich Glauber in den Anfangstagen als Abgeordneter, und das ist schon „eine spannende Sache“. Bei Glauber liegt die Politik in der Familie: Vater Reinhardt ist Landrat in Forchheim, er selbst fungiert auch als dritter Bürgermeister seiner

Gemeinde Pinzberg. Aus dem Kommunalen schöpft er auch seine Ideen für die Landtagsarbeit. Ganz wichtig sei der Ausbau der Versorgung mit DSL-Verbindungen auf dem Land, um Arbeitsplätze zu sichern. Weil er



Thorsten Glauber (FW)

auch etwas für Infrastruktur, Tourismus und Bahnverbindungen tun will, würde er am liebsten dem Wirtschaftsausschuss angehören. Dass er bald wissen wird, wie ein Antrag auszusehen hat, welchen Weg ein Gesetzentwurf geht, da ist Glauber zuversichtlich. Und in absehbarer Zeit werden ja auch die Freien Wähler über einen Mitarbeiterstab verfügen, der den Abgeordneten zuarbeitet.

Ludwig Hartmann ist den anderen Landtagsneulingen einen großen Schritt voraus: Er hat seinen ersten Auftritt im Plenum bereits hinter sich. Der oberbayerische Grüne durfte gemeinsam mit Tobias Thalhammer von der FDP und Alterspräsidentin Barbara Rütting (Grüne) den neuen Landtag eröffnen. Mit dreißig Jahren ist er der zweitjüngste Abgeordnete im Landtag. „Das ist doch wirklich krass: Das bayerische

Wahlsystem macht es jüngeren Leuten extrem schwer, Stimmen zu sammeln“, sagt Hartmann. So sei kein repräsentativer Querschnitt zu bekommen. Immerhin wird er, der die Grüne Jugend Bayern begründet hat, sich von den Älteren kaum etwas vormachen lassen. Klar wird er vor seiner ersten Rede vor der Vollversammlung Lampenfieber haben und am Rednerpult nach dem richtigen Knopf suchen. „Ich bin jemand, der nur redet, wenn er etwas zu sagen hat.“



Ludwig Hartmann (Grüne)

Positiv überrascht hat ihn die Praxis der Zwischenrufe und Zwischenfragen im Plenum. „Das macht das Ganze doch sehr lebhaft“, so der gebürtige Landsberger. Einsetzen will sich der selbst-

ständige Umweltprojektplaner vor allem in der klassischen Umweltpolitik: Er will dafür kämpfen, dass der Flächenverbrauch auf Landesebene gesteuert wird und dafür, dass in Sachen Atompolitik ein Umdenken stattfindet. Für eine Mitgliedschaft im Umweltausschuss habe er die Fraktion auf seiner Seite.
/Anke Sauter

Die BayernLB hält die Parlamentarier in Atem Zwischenausschuss des alten und Sonderplenum des neuen Landtags einberufen

Der Lauf der Dinge in der Welt hält sich nicht an die Sitzungstermine des Bayerischen Landtags. So spitzte sich die globale Finanzkrise just in der Phase dramatisch zu, als der alte Landtag nicht mehr und der neue noch nicht tagte. Die Väter der Bayerischen Verfassung haben für diesen Fall den Zwischenausschuss erfunden, eine Art verkleinerte Vollversammlung. Auf Antrag der SPD trat das Gremium am 16. Oktober zum erst dritten Mal in der Landtagsgeschichte zusammen, um noch in der alten Besetzung aus CSU, SPD und Grünen über die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Bayern zu debattieren. Die neuen Fraktionen von FDP und Freien Wählern erhielten für diese Sitzung von Landtagspräsident Alois Glück (CSU) Beobachterstatus.

Anlass war das vom Bund erarbeitete Bankenrettungspaket, an dem sich die Länder mit 35 Prozent hätten beteiligen sollen. Über alle Fraktionen war man sich einig, dass das staatliche Eingreifen erforderlich ist, die Belastungen der Länder aber so gering wie möglich zu halten seien. Schließlich haben die auch noch für ihre Landesbanken zu sorgen. Im letztlich verabschiedeten Antrag der CSU hieß es, die Staatsregierung solle in Berlin die

„faire Teilung der Kosten“ anstreben, der Grad der Belastungen für den Freistaat sei auf ein „verantwortbares Maß“ zu begrenzen. So kam es dann auch. Ergänzt wurde das Bundesprogramm durch Auflagen an die Finanzwirt-



Präsidium des Zwischenausschusses: Alterspräsident Walter Eykmann (CSU) leitete die Sitzung. Christian Meißner (später Ingrid Heckner; beide CSU) und Susann Biedefeld (SPD) assistierten ihm. Foto: Poss

schaft, wie sie zum Teil in Anträgen von SPD und Grünen formuliert waren. Diese waren im Zwischenausschuss von der CSU-Mehrheit noch verworfen worden. Was zu diesem Zeitpunkt nur mancher Insider ahnte, war das

Ausmaß, in dem die Bayerische Landesbank in den Strudel der globalen Finanzkrise geraten war. Insgesamt 6,4 Milliarden Euro brauche die BayernLB zum Überleben, teilte Finanzminister Erwin Huber nach einer Ver-

waltungsratssitzung der Bank am 21. Oktober mit, die er als Vorsitzender leitete. 5,4 Milliarden davon sollten vom Rettungsschirm des Bundes kommen, 700 Millionen vom Freistaat, der Rest von den bayerischen Sparkassen.

Unter dem Druck der Zahlen zog Huber tags darauf die Konsequenzen und übernahm die politische Verantwortung für das Debakel der, wie er sagte, „einst so stolzen Landesbank“. Er kündigte an, der künftigen Koalitionregierung unter Horst Seehofer (CSU) nicht mehr angehören zu wollen.

Parlamentarisches Kontrollgremium für die BayernLB soll geschaffen werden

Im Maximilianeum hatte die Krise der BayernLB im Rahmen eines Sonderplenums ein Nachspiel, das die SPD-Fraktion schon in der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags am 20. Oktober durchgesetzt hatte. In einem ausführlichen Bericht schilderte Huber die geplanten Rettungsmaßnahmen. Die Schuld an den roten Zahlen wies er von sich und dem für das operative Geschäft zuständigen Bankvorstand zu. SPD-Fraktionsvize Thomas Beyer wiederholte dagegen den Vorwurf, Huber habe bezüglich der Landesbank bis zuletzt getäuscht und getrickst, als Kontrolleur der Bank könne er sich nicht als „Mister Unschuld“ gerieren. Per interfraktionellem Antrag, initiiert von den Grünen, beschloss der Landtag die Schaffung eines parlamentarischen Kontrollgremiums für die BayernLB. [➔ MEHR](#) /jum

„Gemeinsam viel auf den Weg gebracht“ Die Mitarbeiter des Landtags verabschiedeten Landtagspräsident a. D. Alois Glück

„Sehr gerne habe ich mit Ihnen allen zusammen gearbeitet. Jeder war mir wichtig.“ Und: „Gemeinsam haben wir viel auf den Weg gebracht.“ Dass diese Worte von Alois Glück keine Worthülsen waren, bewies die Herzlichkeit, mit der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts Mitte Oktober bei einer familiären Feier im Senatssaal von „ihrem“ Präsidenten verabschiedeten.

Ruhig, unaufgeregt und mit hoher persönlicher Autorität habe der scheidende Landtagspräsident sein Lebensmotto „engagierte Gelassenheit“ vorgelebt und dabei die Verwaltung und den Parlamentsbetrieb mit Weitblick gelenkt und weiterentwickelt, so Ministerialdirektor Peter Maicher in seiner Ansprache. Der Direktor des Bayerischen Landtags griff Errungenschaften aus der fünfjährigen Amtszeit Glücks heraus – die Verankerung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, die Förderung unbürokratischer Entscheidungswege bei Verwaltungsabläufen und die Gestaltung lebendigerer Strukturen im Plenum. Die Mitarbeiterbefragung und die rasche Umsetzung ihrer Ergebnisse habe Glück zur Chefsache gemacht. Auch Personalratsvorsitzender Walter Simmet lobte die vielen



Oben: Der Chor des Landtags brachte Alois Glück beim familiären Festakt im Mitarbeiterkreis ein Ständchen im vollbesetzten Senatssaal.

Rechts: Abschiedsgeschenk für den scheidenden Landtagspräsidenten – Alois Glück freute sich sehr über das Fotoalbum mit vielen Erinnerungsbildern, das ihm Landtagsdirektor Peter Maicher überreichte.

Fotos: Poss



positiven Akzente, die Glück gesetzt habe. Für seinen neuen Lebensabschnitt wünschte er ihm augenzwinkernd, dass er den richtigen Mix finden möge zwischen „Ruhe nehmen, Ruhe geben und Unruhe stiften“. Das musikalische Rahmenprogramm wurde

„in Eigenregie“ gestaltet – darunter eine Mozart'sche Klaviersonate zu vier Händen – vorgetragen am Flügel von Landtagsdirektor Peter Maicher und seinem Stellvertreter Dr. Berndt Jäger, der auch *Trumpet Tune* von Henry Purcell begleitete, gespielt auf der

Trompete von Referatsleiter Josef Reimer. Für einen stimmungsvollen Auftakt und Ausklang sorgte der Landtagschor mit Liedern aus dem Alpenraum – als Reverenz an den gebürtigen Chiemgauer und engagierten „Bergwachtler“ Alois Glück. /kh

Zeit für die, die man auf der Straße nicht sieht

Benefizaktion des Bayerischen Landtags zugunsten der Stiftung „Leben pur“

Morgens um acht kommt der Schulbus, und Sebastian freut sich. Er geht gern zur Schule. „Er hat enorme Fortschritte gemacht“, sagt Sebastians Mutter. Sebastian kann inzwischen sogar ein wenig lesen. Aufgrund einer Chromosomenstörung kam er mit schweren körperlichen und geistigen Behinderungen zur Welt. Der 15-Jährige kann nicht sprechen, nicht laufen, nicht essen. Weil seine Atemwege zu eng sind, muss bis zu 40 Mal am Tag Schleim abgesaugt werden. Für seine Mutter Alltag: „Da wächst man so hinein.“

Nach Sebastians Geburt waren seine Eltern von jetzt auf gleich damit konfrontiert, ein schwer behindertes Kind versorgen zu müssen. Im Alltag waren sie völlig auf sich gestellt. „Für Familien wie uns ist die Arbeit der Stiftung „Leben pur“ sehr wichtig: Sonstige Angebote richten sich entweder an geistig oder an körperlich Behinderte. Mehrfachbehinderungen rutschen durchs Raster.“

Erlös von fast 48 000 Euro

Die Stiftung „Leben pur“, der in diesem Jahr der Erlös aus dem Sommerempfang des Landtags in Höhe von fast 48 000 Euro zugute kam, hat sich die Interessen von Menschen



Oben: „Leben pur“ unterstützt Familien mit Kindern, die unter Mehrfachbehinderungen leiden.

Links (v.l.): Hans Schöbel (Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung „Leben pur“), Alois Glück, Eva Herrmann (Leiterin Therapeutischer Dienst), Christine Kopp (Vorstandsvorsitzende „Leben pur“), Gerhard Grunick (Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung), Rebecca Struckmann (Mitarbeiterin).

Fotos: Schiffli-Deiler, Poss

mit schwersten oder mehrfachen Behinderungen zueigen gemacht. Deren Leben sei „nicht nur möglich, sondern auch lebenswert“, sagt Christine Kopp, die Vorstandsvorsitzende von „Leben pur“.

Es gibt noch viele „Leerstellen“ in Wissenschaft und Gesellschaft, hier will man Brücken bauen. „Seit den 60er Jahren ist viel für Behinderte getan worden. Jetzt ist es an der Zeit, sich auch für die einzusetzen, die man auf der Straße nicht sieht“, sagt Kopp – und meint damit Menschen wie Sebastian, die ihre Grundbedürfnisse niemals ohne die Hilfe anderer werden stillen können.

Grundbedürfnisse stehen denn auch im Zentrum der Tagungen, zu denen die Stiftung Menschen aus Wissenschaft, Praxis und aus den Familien zusammenbringt. Auch Mediziner und Sonderpädagogen bekommen hier wertvolle neue Perspektiven – etwa durch Vorträge von Angehörigen. „Wir haben festgestellt: Eltern sind Experten in eigener Sache“, sagt Kopp. Bevor es soweit ist, fühlen sich viele aber oft hilflos und allein. Für sie hat die Stiftung eine Online-Beratung eingerichtet.

[➔ MEHR](#) /Anke Sauter

Warum Zeitunglesen immer noch bildet

Bayerische Schüler begeben sich im Landtag auf literarische Entdeckungsreise

Tageszeitungen sind „die Sekundenzeiger der Geschichte“, sagte Andreas Scherer Anfang Oktober bei der Veranstaltung „Warum Lesen bildet“ im Senatssaal des Maximilianeums. Der Vorsitzende des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger unterstrich vor mehr als 200 Schülerinnen und Schülern die Bedeutung der Tageszeitung als Orientierungshilfe – gerade im Zeitalter des medialen Überangebots und eines neuen Medien-Nutzungsverhaltens.

Mit ihrem Projekt „Zeitung in der Schule“ sorgen die Bayerischen Zeitungsverlage bereits seit vielen Jahren regelmäßig für druckfrischen Lese- und Gesprächsstoff in den Klassenzimmern: 2,7 Millionen Zeitungsexemplare stellten sie allein im vergangenen Schuljahr für jugendliche Leser kostenlos zur



Im Senatssaal von links: German Denneborg (Kultusministerium), Dr. Berndt Jäger (Bayerischer Landtag) Prof. Dr. Dieter Borchmeyer (Bayerische Akademie der Schönen Künste), Andreas Scherer und Dr. Laurent Fischer (beide VBZV).

Foto: VBZV

Verfügung und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Leseförderung und Medienbildung. Im neuen Schuljahr soll nun zusätzlich eine witzige Print-Kampagne mit den zwei Comic-Figuren „Babe und Bozo“ die Jugendlichen davon überzeugen, dass Zeitunglesen Spaß macht und überhaupt nicht langweilig ist. Das Engagement der bayerischen Zeitungsverlage findet auch Unterstützung in der

Politik: So fungierte der Bayerische Landtag beim überregionalen Aktionstag „Warum Lesen bildet“ als Gastgeber.

Im frisch renovierten Senatssaal begrüßte Dr. Berndt Jäger, stellvertretender Direktor des Bayerischen Landtags, rund 200 Jugendliche aus ganz Bayern. Die Pressefreiheit bezeichnete er dabei als elementares Grundrecht der

Bayerischen Verfassung: „In Freiheit lesen und schreiben zu können, ist nur dort möglich, wo es politische Freiheit gibt“, so Jäger. Zugleich warnte er vor einer „Mediokratie“. Man solle die Medien nutzen, sich aber nicht von ihnen beherrschen lassen. Während TV und Internet zum Mitdenken animierten, sei die Zeitung das Medium, welches zum Nachdenken anrege. Beide Kategorien, so Jäger, würden sich ergänzen.

Den kritischen Umgang lernen

German Denneborg, Leiter der Grundsatzabteilung im Kultusministerium, würdigte das Projekt „Zeitung in der Schule“ als Beispiel für gelungene Medienpädagogik. Junge Menschen könnten dabei den kritischen Umgang mit verschiedenen Medien lernen. Der Nachmittag im Maximilianeum verlief kurzweilig mit Vorträgen und Diskussionen rund um das Thema „Lesen“ – darunter auch ein Referat von Prof. Dr. Dieter Borchmeyer, Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste. Anhand von Beispielen aus der Literaturgeschichte zeigte er auf, welche Welten sich dem eröffnen, der die Kulturtechnik Lesen beherrscht und zu nutzen weiß, ohne dabei kritische Betrachtungen zu verschweigen. [MEHR](#) /kh

Beinahe-Doppelgänger im Plenum



Wer mit den Abgeordneten des Maximilianeums noch nicht so vertraut ist, der könnte die zwei Parlamentarier – zumindest von weitem – für Zwillinge halten. Wirtschaftsminister **Martin Zeil**, MdL (FDP) und der Abgeordnete **Reinhard Pachner** (CSU), Diplom-Agraringenieur aus Aichach-Friedberg, haben exklusiv für den „Maximilianeum“-Fotografen zum Ähnlichkeitstest posiert. Die beiden Parlamentarier und Koalitionäre eint weißes Haupthaar nebst einem schmucken Schnauzbart. /der

Foto: Poss

Historische Bildnisbüsten im Maximilianeum



Im Profil: historische Persönlichkeiten

Foto: Archiv Landtagsamt

Zwölf Büsten stehen heute in Treppenhause und Kreuzgang des Maximilianeums: Philosophen wie Sokrates, Platon, Aristoteles, Staatsmänner wie Perikles, Cäsar und Cicero zeigen ihr marmornes Angesicht. Weitere Büsten, von Alexander dem Großen über Leibniz bis Konfuzius, stehen im Foyer der Studienstiftung.

Über 50 Jahre hatten die Köpfe aus Carrara-Marmor in Kellerräumen verbringen müssen, seit sie zum Schutz vor Kriegsbomben dorthin verbracht wurden. Zuvor hatten sie sowohl in den Lorbeerkränzten Rundnischen über den unteren Arkaden des heutigen Landtagsgebäudes ihren Platz wie auch in seinen Wandelgängen – zum Zeichen, dass das Maximilianeum einst auch als Ruhmeshalle für bedeutende Männer der Weltgeschichte gedacht war. Viele Gemälde im Hause zeugen heute noch davon.

1996 war es soweit. In der Ausstellung „Historische Galerie im Maximilianeum“ waren erstmals seit dem Krieg wieder alle Büsten von Staatsmännern, Feldherren, Wohltätern, Literaten, Weisen und Erfindern vereint. Peter Schöpf und Johann Halbig schufen sie 1859 bis 1861.

/Lothar Altmann

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ zehnmal jährlich in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

Redaktion:

Katja Helmö (Landtagsamt, V.i.S.d.P.)
Jan Karl Dermietzel (Bayerische Staatszeitung)

Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: maximilianeum-online@bayern.landtag.de

Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.